Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1520. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ ~~215~~. 220 — Dienstag, 21. September 1926, abends. — 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Verbrüderung.

Die Verbrüderung zweier ehemaliger Gegner ist immer eine sehr erfreuliche Sache. Denn sie zeigt, daß Mißverständnisse, Haß, Mißgunst, Ungerechtigkeiten beseitigt sind, daß man eingesehen hat, zu zweien läßt sich's besser und wirksamer arbeiten als getrennt und gegeneinander. Es ist menschlich durchaus zu verstehen, daß die Verbrüderungsszenen und die schönen Reden in Genf der Menschen, die mehr mit dem Herzen als mit dem Verstand Politik machen möchten, Empfindungen haben laut werden lassen, die sich unbedingt Luft verschaffen müssen. Die Tatsache, daß sich Herr Briand und Herr Stresemann in einem kleinen Gasthof friedlich an einen Tisch gesetzt haben, um über die Zukunft ihrer beiden Völker zu plaudern, genügt schon, um schon in der Ferne, aber immerhin doch deutlich erkennbar, ein Bündnis zwischen diesen beiden ehemaligen Erbfeinden auftauchen zu sehen. Gewiß, der Gedanke ist hübsch und recht verlockend, aber man könnte fast sagen, zu schön, um an seine Verwirklichung glauben zu können. Was heißt Verbrüderung? Wie wir schon sagten, Beseitigung von Mißgunst, Haß und Ungerechtigkeiten. Wohl hat Herr Briand in Genf eine vorzügliche Rede gehalten, wohl hat er seine Ueberzeugung kundgetan, daß die Kanonen und Maschinengewehre für immer zu verstummen hätten. Denn es sei Friede geworden und alle Menschen auf der Welt könnten so, wie sich die Lage augenblicklich präsentiere, durchaus zufrieden und glücklich sein. Das sprach der Franzose Briand und von seinem Standpunkt als Franzose aus gesehen hat er recht. Die Welt aus dem Gesichtswinkel von Paris sieht in der Tat recht rosig aus. Deutschland liegt niedergeschmettert, mit Ketten gefesselt, zu Boden, die französische Hegemonie über Europa darf als gesichert gelten. Die Schulden in den Staatskassen werfen allerdings ein Tröpfchen Bitternis in diese Freude. Aber immerhin, das kann nicht die Erkenntnis trüben, daß der Friede, so wie er aus der Gestaltung des Versailler Vertrages herausleuchtet, ein schöner Friede ist, ein Friede, der getrost verewigt werden kann. Das wäre so die Ansicht des Franzosen. Wird man es uns allzu übel nehmen, wenn wir nicht mit der gleichen Begeisterung solchen Gedankengängen folgen können? Wenn wir von unserem deutschen Standpunkt aus, bevor wir an die Untersuchung solcher Möglichkeiten herantreten, erst die sorgsame Prüfung anstellen, ob die Ungerechtigkeiten, die dieser Friede nach sich zog, für uns wirklich geschwunden sind. Man wirft einen Blick über die Landkarte, die das Deutschland von heute widerspiegelt und liest den Dawesplatt durch. Dann wird man um eine Antwort nicht verlegen sein.

Lassen wir einmal Herrn Jules Sauerwein, Frankreichs bekanntesten politischen Publizist, zu Worte kommen. Im „Matin" schrieb er dieser Tage die beachtenswerten Worte: „Angenommen, es käme ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland zustande, so wäre es schwer, seine Macht zu überschätzen. Hundert Millionen Menschen, die, wie man es während des letzten Krieges gesehen hat, sich nötigenfalls zu schlagen wissen, auf französischer Seite ein mächtiges Kolonialreich, ein unvergleichliches moralisches Ansehen, das Vertrauen der aus dem Versailler Vertrag hervorgegangenen neuen Staaten, deren Interessen selbstverständlich in keiner Weise verletzt und deren Wachstum nicht behindert werden dürfte, ein ackerbautreibendes Land, das fast seinen ganzen Bedarf selbst deckt, eine sparsame Bevölkerung, Kohle, Kali und Erze und auf deutscher Seite Kohle und Kali, die stärkste industrielle Organisation nach der amerikanischen, arbeitsliebende, kinderreiche Menschen, welche die Erzeugung und Ausfuhr einander anzupassen verstehen!"

Wirklich, es ist ein recht verlockendes Bild, das Herr Jules Sauerwein seinen Lesern vorgaukelt. Ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland? Warum nicht? Die Zweckmäßigkeit und das Wertvolle eines solchen deutsch-französischen Zusammenarbeitens liegt für jedermann recht deutlich erkennbar in der Luft. Aber dieses Zusammenarbeiten, dieses Bündnis sieht Herr Jules Sauerwein, wie anscheinend auch seine sämtlichen Landsleute, nur auf der Grundlage aufgebaut, die der Versailler Vertrag abgibt. Auf der Unantastbarkeit der unsinnigen Grenzziehung im Osten, dem Korridor, dem vergewaltigten Danzig, dem niedergetrampelten Selbstbestimmungsrecht der deutschen Minderheiten und letzten Endes auf der Kriegsschuldlüge. Herr Jules Sauerwein und seine Landsleute werden es uns verzeihen, wenn wir einem „Bündnis" auf solcher Grundlage wenig Verständnis entgegenbringen. Denn was wäre dieses Bündnis anderes, als die Verewigung einer Ungerechtigkeit. Als die Zusammenkoppelung zweier ehemaliger Gegner, von denen sich der eine als Sieger fühlt und der andere sich als Besiegter und Niedergeworfener zu fühlen hat. Die Rolle, die hier Deutschland in diesem Bündnis vorgeschlagen wird, wäre die Rolle eines Vasallen. Herr Jules Sauerwein muß noch viel umlernen, ehe er mit einem annehmbaren Vorschlag über Bündnismöglichkeiten an uns herantreten kann.

Zur Typhus-Epidemie in Hannover.

Hannover. (Funkspruch.) Heute vormittag wurde die Zahl der an Typhus Erkrankten mit 1794, die der Todesfälle mit 79 angegeben.

Danzig vor dem Völkerbundsrat.

Rede Sahms.

* Genf, 20. September. Im Laufe der Beratungen der Danziger Fragen in der heutigen Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates hielt Senatspräsident Sahm der freien Stadt Danzig eine längere Rede, in der er u. a. erklärte, anhand des Berichtes des Finanzkomitees könne man leicht die Meinung erhalten, als ob die Finanzen des Danziger Freistaates sich in völliger Unordnung befinden. Dazu sei zu sagen, erklärte Sahm, daß in den vergangenen Jahren das Budget Danzigs regelmäßig Ueberschüsse abgeworfen habe, daß auch der Haushaltplan 1926/27 noch ohne Defizit habe aufgestellt werden können. Im laufenden Statsjahre habe sich jedoch ein Defizit eingefunden und es müßten sogar schwebende Schulden von bedrohlichem Umfange vorzugsweise bei deutschen Banken kontrahiert werden. Deshalb habe die Danziger Regierung im Mai Veranlassung genommen, die Organe des Völkerbundes zu verständigen. Das Finanzkomitee des Völkerbundes habe sich nun in zwei Tagungen mit der Finanzlage Danzigs beschäftigt. Der neuerliche Beschluß des Finanzkomitees bedeute eine schwere Enttäuschung. Die neuen Bedingungen, die weit über die Londoner Beschlüsse des Finanzkomitees hinausgingen, seien außerordentlich schwer, besonders im Hinblick darauf, daß das Finanzkomitee als Anleihebetrag nur 30 statt 60 Millionen Gulden empfehle. Mit dieser Empfehlung des Finanzkomitees sei der freien Stadt Danzig zur Beseitigung der aktuellen Schwierigkeiten alles andere als geholfen. Die freie Stadt Danzig würde es mit Dankbarkeit begrüßen, wenn in dieser Frage der Rat des Völkerbundes Danzig nicht die Freiheit nehmen würde, sich selbständig zu helfen. Präsident Sahm schloß: Das Finanzkomitee hat sich bei seinen Verhandlungen und Beschlüssen lediglich von finanziellen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich bitte den Rat, bei seinen Entschließungen auch soziale und politische Momente nicht außer acht zu lassen und der freien Stadt Danzig, die unter dem Schutze des Völkerbundes steht, dabei behilflich zu sein, die Gefahren einer vorübergehenden finanziellen Notlage zu überwinden.

*

* Genf. In der Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates sprach auch der polnische Außenminister, der der Stadt Danzig Ersparnisse auf dem Gebiete der Verwaltung empfahl und erklärte, Polen sei bereit, Danzig in der Frage der Zolleinnahmen ein Minimum für die Zukunft zuzusichern, damit Danzig einen festen Betrag in sein Budget einstellen könne.

*

Stresemann vor dem Völkerbundsrat.

* Genf, 20. September. Wie angekündigt, ergriff dann Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und führte etwa folgendes aus: Deutschland hat bei den Beziehungen, die zwischen ihm und der freien Stadt Danzig bestehen, ein besonderes Interesse für die heute hier vorgebrachten Fragen. Präsident Sahm hat soeben erklärt, daß die schwierige Lage Danzigs dadurch besonders verschärft werde, daß die vom Finanzkomitee gebilligte Anleihe in Höhe von 30 Millionen Gulden nicht ausreiche, um Danzig aus seinen finanziellen Schwierigkeiten heraus zu helfen. Er hat erklärt, daß Danzig erst nach Fertigstellung des Budgets für das laufende Jahr davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß es mit der Ratenzahlung für die seinerzeit überwiesenen Besatzungskosten beginnen möchte. Er hat vor allen Dingen darauf hingewiesen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit, die ein europäisches Problem ist, zum großen Teil die Ursache der Danziger Schwierigkeiten sei. Gerade hier in Genf, dem Sitze des Internationalen Arbeitsamtes, weiß wohl jeder, daß kein Staat das Recht hat, die ohne jedes Verschulden in Arbeitslosigkeit geratenen Volksteile ohne angemessene Entschädigung für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit zu lassen. Ich erlaube mir daher, an den Herrn Berichterstatter die Frage zu richten, ob es nicht möglich sein wird, ganz unbeschadet der anderen Arrangements der Stadt Danzig in der Weise entgegen zu kommen, daß wenigstens diejenige Bestimmung, die die Aufnahme neuer kurzfristiger Anleihen verbietet, fallengelassen wird. Danzig dürfte wohl eine Prolongation seiner schwebenden Schulden erreichen und ich glaube, daß in dieser Richtung den Wünschen Danzigs entgegengekommen werden kann. Damit dürfte dann die Möglichkeit, zu einem dauerhaften Arrangement zu kommen, das alle Teile befriedigt, wesentlich gefördert sein.

In seiner Antwort auf die Ausführungen Stresemanns hob der Berichterstatter De Brouckere hervor, daß die Wirtschaftslage Danzigs an sich zu keinen Befürchtungen Anlaß gebe. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß nicht der Völkerbund Danzig eine Anleihe gebe, sondern daß die Anleiheverhandlungen lediglich durch die Empfehlungen des Völkerbundes gefördert werden sollen. Es stehe Danzig völlig frei, eine Anleihe aufzunehmen.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Lord Robert Cecil, der darauf hinwies, daß die Aufnahme einer Anleihe ein finanzielles Unternehmen sei, dessen Gelingen ausschließlich von dem Willen der Kreditgeber abhängig sei.

Hierauf ergriff nochmals Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte: Was ich habe ausführen wollen, ist, daß gerade die große Zahl der Arbeitslosen im Bereich der Stadt Danzig eine besonders schwierige finanzielle Situation bedingt, die berücksichtigt werden muß.

Präsident Sahm dankte dem Berichterstatter für die Erklärung, daß mit Einverständnis des Finanzkomitees eine kurzfristige ev. auch eine langfristige Anleihe aufgenommen werden könne. Er machte darauf aufmerksam, daß Danzig, wenn es eine solche Anleihe aufnehmen wolle, sich also nochmals an das Finanzkomitee des Völkerbundes wenden müsse. Wenn der Völkerbundsrat glaube, nicht von der Klausel des Finanzkomitees abgehen zu können, dann bitte er, die Klausel dahin abzuändern, daß der Vorsitzende des Komitees befugt sein soll, seine Zustimmung im Namen des Finanzkomitees zu geben. Vor allem aber bitte er den Völkerbundsrat und seine Organe, bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission und der Botschafterkonferenz die Stadt Danzig zu unterstützen. Damit war die Debatte beendet. Der Bericht des Finanzkomitees wurde angenommen. Der Stadt Danzig wurde anheimgestellt, sich mit dem Vorsitzenden des Finanzkomitees in Verbindung zu setzen, falls sie vor dem 1. Dezember dringend einer kurzfristigen Anleihe bedürfe.

*

Memelfragen vor dem Völkerbundsrat.

* Genf, 20. September. Der Völkerbundsrat behandelte im Laufe des Nachmittags den Bericht des Juristenkomitees zu der Eingabe des memelländischen Landtages an den Völkerbund. Der Präsident teilte mit, daß es ein Mehrheitsbericht sei, der hier vorliege, sowie eine eingehende Stellungnahme des schwedischen Juristen Sjöborg. In dem Bericht wird erklärt, daß das in Frage stehende Verfahren der Anrufung des Völkerbundes durch den memelländischen Landtag den Bestimmungen des Artikels 17 der Memellandkonvention nicht entspreche. Eine Stellungnahme der Einwohner oder Behörden von Memel über einen Bruch der memelländischen Konvention durch die litauische Regierung müsse einzeln an die Regierungen gerichtet werden, die im Völkerbundsrat vertreten seien, und nicht an den Völkerbund. Der Artikel 17 sehe eine Intervention des Völkerbundes nur vor, wenn ein Mitglied des Völkerbundsrates dem Rate von einem Bruch der Memeler Konvention Mitteilung gemacht habe. Dies könne jedes Mitglied des Völkerbundsrates tun, wenn seiner Ansicht nach genügend Gründe für die Notwendigkeit eines Vorgehens des Völkerbundes vorliegen.

Nach Verlesung des Berichtes des Juristenkomitees ergriff

Außenminister Dr. Stresemann

das Wort. Er erklärte, der Bericht bestehe aus einer Stellungnahme der Mehrheit der Kommission und einem besonderen Bericht des schwedischen Juristen Sjöborg. Es erscheine wesentlich, festzustellen, daß jede Macht im Völkerbundsrat berechtigt sei, Fragen vor den Rat zu bringen, wenn genügend Veranlassung dazu vorzuliegen scheine.

Es sei jedoch nur eine Frage zweiter Ordnung, ob die Frage zunächst an das Sekretariat gerichtet würde, oder einer Macht, die im Völkerbund vertreten sei, direkt zugeleitet werde. Lord Robert Cecil erklärte, es sei schwer, über diese Frage zu diskutieren, da eine Einigung in dem Juristenkomitee nicht erzielt worden sei. Jedenfalls habe jedes Ratsmitglied das Recht, eine Frage vor den Rat zu bringen, wenn ihm das zweckmäßig erscheine.

Der Reichsaußenminister ergriff dann nochmals das Wort und wies darauf hin, daß er gegen einen Bericht der Mehrheit des Juristenkomitees keine Bedenken habe. Er hoffe, daß die in dem Memorandum des memelländischen Landtages berührten Fragen in freundschaftlicher Weise zwischen Litauen und Memel gelöst würden.

*

Staatssekretär Dr. Pünder berichtet.

)(Berlin. Staatssekretär Dr. Pünder, der in der vergangenen Woche als deutscher Delegierter an den Völkerbundsverhandlungen teilgenommen hat, ist am Sonntag nachmittag nach Berlin zurückgekehrt und hat noch am Abend dem Herrn Reichskanzler eingehend Bericht erstattet. Gestern vormittag hat das Reichskabinett, das sich im übrigen mit laufenden Angelegenheiten befaßte, gleichfalls einen vorläufigen Bericht des Staatssekretärs Dr. Pünder entgegengenommen. Beschlüsse außenpolitischer Art wurden nicht gefaßt, da naturgemäß die Rückkehr des Reichsaußenministers Dr. Stresemann, die für Mitte oder Ende dieser Woche zu erwarten ist, abgewartet werden muß.

*

Annahme des Budgets des Internationalen Arbeitsamtes.

)(Genf 20. September. Der Budgetausschuß des Völkerbundes nahm das Budget des Internationalen Arbeitsamtes an, das in diesem Jahre sich auf 7477165 Fr. beläuft, während es im Vorjahre 7165000 Fr. betrug. Auf den Grundsätzlichen Antrag, eine Maximalgrenze für die Ausgaben festzusetzen, wurde festgestellt, daß die Völkerbunds-Versammlung darüber zu bestimmen habe, welche neuen Ausgaben der Bund erfüllen solle und daß die neuen Aufgaben neue Ausgaben bedingten. Die Festsetzung einer Maximalgrenze würde somit einen Eingriff in die Rechte der Versammlung bedeuten.